

Beilage 6 mal wöchentl. mit Wahr. Geschäftsbüro, Heimat und Welt und der Abberdeutsche „Schmetz“, sowie den Zeitungen „El. Bremo-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt des Hauses“, „Kreislicher Magazin“, „Das gute Buch“, „Gesammbund“.

Monatlicher Bezugspreis 3 M. einschl. Beitragsabzug.

Einzelnummer 10 M. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 M.

Hauptredakteur: Dr. G. Dechant, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Wirtschaftsstelle. Ernst u. Verlag: Germania, T. & B.
für Verlag und Druckerei, Alte Dresden, Dresden-5.1.
Vollstraße 17. Rennet 2012. Postleitzettel Dresden
Postamt Dresden 5.1. 1919

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-5.1. Postleitzettel 12. Rennet 2012
und 1919.

Donnerstag, den 16. Oktober 1930

Verlagsort: Dresden

Ausgabepreise: Die Tagessäule 50 M. Familien-
ausgabe u. Stellengebühr 20 M. Die Zeitnahmezeit, 20 M.
best. 1 M. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes
40 M. für Zeitnahmezeit 1.30 M. Briefe 30 M. Im Falle
höherer Gewicht erhält jeder Verschickung und Lieferung sowie
Erfüllung u. Anzeigen Auftrag u. Leistung v. Schadenerlass.

Geistlicher Teil: Franz Baumgärtner, Dresden.

Vor Brünings Erklärung

Stichwahl um den Posten des Reichstagspräsidenten

Klare Haltung des Zentrums

Berlin, 15. Oktober.

Die Sitzung am Donnerstag, in der der Reichs-
kanzler die Erklärung der Regierung abgeben wird,
wird zweifellos den Höhepunkt der Verhandlungen des neuen
Reichstages in dieser Woche bedeuten. Mit der Formulierung
der Programma-Erläuterung hat sich das Reichskabinett gestern in
einer mehrfältigen Sitzung beschäftigt. Für die Aufnahme, die
die Regierungserläuterung im Plenum finden wird, dürfte aller-
dings das Ergebnis der heutigen Sitzung von großer Bedeu-
tung sein, in der die Neuwahl des Reichspräsidenten vorgenommen wird.

Die gestrigen Verhandlungen der Fraktionen lassen
deutlich erkennen, in welcher Weise sich heute die Abstimmungen
vollziehen werden. Das Zentrum hat den einzigen möglichen
Weitblick gefaßt, trotz der Quertreiberneien der Rechten der par-
lamentarischen Tradition treu zu bleiben und seine Stimme für
den Kandidaten der ländlichen Partei, also für den sozialdemo-
kratischen Abgeordneten Löbe abzugeben. Auf der anderen
Seite darf als sicher gelten, daß Deutschnationalen, National-
sozialisten und Deutsche Volkspartei für den volksparteilichen
Abgeordneten Schötz stimmen werden. Die kommunistischen
Stimmen werden bei der endgültigen Entscheidung über die
Präsidentenfrage ganz ausfallen, da sie in jedem Falle nur für
einen kommunistischen Kandidaten abzugeben werden sollen.

Man hat ausgesprochen, daß Löbe wie Schötz auf diese
Weise etwa je 250 Stimmen auf sich vereinen werden. Es
dürfte somit zur Stichwahl kommen, bei der die Stimmen
der kleineren Gruppen den Ausgang geben werden. Doch
wird allgemein angenommen — das kommt auch in der
Reichspresse zum Ausdruck — daß Löbe in der Stichwahl Prä-
sident des Reichstages werden wird.

Die Frage, an welche Parteien die Posten der Vizepräsi-
denden vergeben werden sollen, ist in den gestrigen Verhand-
lungen nicht erörtert worden. Ihre Lösung wird davon abhängen,
wie die Wahl des Reichstagspräsidenten ausfällt. Man nimmt aber
an, daß Nationalsozialisten, Zentrum und Deutschnationale die
drei Vizepräsidentenposten besetzen werden.

Hugenberg ist unbeduldig

Berlin, 14. Oktober.

Nameus der Deutschnationalen Fraktion haben Dr.
Hugenberg und Dr. Oberholzer an den Reichskanzler ein
Schreiben gerichtet, in dem zunächst gezeigt wird, daß die
Deutschnationale Partei habe sich am 17. Juli zur Beteiligung
an einer nichtmärkistischen Regierung bereit erklärt. Weiter
heißt es in dem Briefe:

„Angesichts der bevorstehenden neuen Abstimmungen halten
wir es für erforderlich, unmissverständlich festzulegen, daß es
die Frage der Regierungsbildung und des Regierungssystems in
Preußen ist, die auch jetzt wieder einer politischen Zusam-
menarbeit der nichtmärkistischen Parteien zur Lösung der
geplanten Verhandlungen bedarf.“

immer gefahrdrohender für Deutschland und die Welt aussie-
genden deutschen Kräfte entgegensteht. Die Abneigung des
Zentrums, in Preußen die Verbindung mit der Sozialdemo-
kratie zu lösen, ist noch der von Woche zu Woche sich immer
klarer abzeichnenden Entwicklung der tiefste und innerste
Grund, aus dem heraus die Tribut-, Finanz- und Wirtschafts-
kriege Deutschlands jeht durch die deutsche Vereinigung gelöst
werden soll, statt durch das mutige Auspacken des Tribut-
problems. (1) Sie ist der Grund, weshalb wir kein christliches
Schulgesetz (1) und keine Erfundung der ethischen Grundlagen
unseres Volkslebens behaupten wollen. Sie ist es, die eine
wirklich rettende Finanzreform und auf der anderen Seite auch
eine gesunde Entwicklung der deutschen Reichswehr verhindert.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf diesen Kern der
jetzigen Lage immer wieder hinzuweisen und in immer drin-
gender Form unserer Auseinandersetzung zu wiederholen, in Preußen
eine Wendung herzuführen. Nur die durch eine gegenwärtige
Aufstellung bewirkte verderbliche Reichspolitik des jetzigen
Kabinetts werden wir weiterhin keinerlei Mitverantwortung
übernehmen.“

Wie wir erfahren, dürfte dieser Brief nicht direkt beant-
wortet werden. Zur Kreisen der Reichsregierung wird darauf
hingewiesen, daß der Brief in der Begründung der Haltung der
Deutschnationalen Reichstagsfraktion einige Irrtümer ent-
hält. So wird festgestellt, daß Heimat Hugenberg in der
Unterredung vom 17. Juli niemals die Übernahme der Mit-
verantwortung für die Regierung und die Zustimmung zur
Rotverordnung erklärt, sondern sich auf die Forderung be-
schränkt hat, die Entscheidung über die Rotverordnung bis zum
Herbst zu verschieben. Dr. Oberholzer war noch weiter gegangen
und hatte in einer früheren Unterredung ausdrücklich erklärt,
daß irgendeine Verantwortung für die Steuervorlage von den
Deutschnationalen nicht übernommen werden könnte. Unter
diesen Umständen versteht man in Regierungskreisen nicht, wie
in dem Brief gelöst werden kann, daß die Deutschnationale
Volkspartei sich zur Beteiligung an der Regierung bereit erklärt
habe. Man vertritt weiter die Ansicht, daß der Ernst der
Lage vollkommen verkannt werde, wenn man
glaupe, wie die Verfasser des Briefes anscheinend annähren,
daß durch einen Ministerwechsel in Preußen die deutsche Ver-
einigung gewissermaßen automatisch bestätigt werden könnte.

Auf den weiteren Inhalt des Briefes einzugehen erübrigt
sich wohl. Die Behauptung, die Preußenkoalition verhindere
das Zustandekommen eines christlichen Schulgesetzes,
trägt einen ozitorischen Charakter. Jeder politisch interessierte
Mensch in Deutschland weiß, daß das Zustandekommen eines
solchen Gesetzes im Reichstag durch die Deutsche Volkspartei
verhindert worden ist und daß nächst der Deutschen Volkspartei
die deutschnationale Reichstagsfraktion die längsten Quer-
treiber gestellt hat. Wenn Hugenberg den die moralische Ver-
antwortung für die Waffeline für „Scherl's Magazin“, die
„Rotherrn“ und ähnlich Schund- und Schmutzprodukte
kritisiert, sich als Verteidiger der ethischen Grundlagen
des deutschen Volkstums aufspielt, dann ist auch diese Spießart
politischer Welschheit nichts neues mehr. Auf Hugenbergs
Worten schreibt: „Ich bin nun sonst zu Fuß auf Erde eingestellt...“ fällt niemand mehr herein.

Österreichs Zukunft

Von Carl Baumgärtner, österreichischem Bundeskanzler.

Am 9. November findet in Österreich die Neu-
wahl des Nationalrates statt. Die folgenden Ausfüh-
rungen des österreichischen Bundeskanzlers werden
daher das besondere Interesse unserer Leser finden.

D. Ned.

Als im Jahre 1918 Österreich als ein kleiner selb-
ständiger Staat aus dem großen österreichisch-ungarischen
Reiche entstand, war es klar, daß es mit Rücksicht auf die
Kriegsfolgen, die Wirtschaftsknot und die scharfen inneren
Gegensätze nicht leicht sein würde, dem jungen Staat
eine brauchbare Neuordnung zu geben. Seit dem
Jahre 1918 ist mehr als ein Jahrzehnt vergangen und
man kann nun schon ein abschließendes Wort über diese
jüngste Vergangenheit Österreichs sagen. Diese Zeit-
spanne ist hauptsächlich gekennzeichnet durch den Kampf
im Inneren zwischen den sozialdemokratischen Parteien
im Vergleich mit anderen europäischen sozialdemokrat-
ischen Parteien den scharfsinnigen Linkshurs verfolgt und des-
halb allgemein als „Austromarxismus“ oder „Austro-
bolschewismus“ bezeichnet wird. Gleich nach dem Zusam-
menbruch haben die Sozialdemokraten in Österreich
eine vollkommen international-marxistische Herrschaft
ausgerufen versucht. Dies kam vor allem darin zum
Ausdruck, daß die damalige staatliche Wehrmacht als
„rote Armee“ eingerichtet wurde, die an Stelle der Staats-
farben die rote Fahne führte, die statt der Staats-
symbole die Internationale spielte und die nicht von ihren
Vorgesetzten, sondern von Soldatensozialisten geführt wurde.
An dieser Haltung haben die Sozialdemokraten seither
im Wesen nichts geändert, und in ihrem Parteiprogramm,
das sie in Linz am 3. November 1926 beschlossen haben,
bekennen sie sich noch immer zu den Mitteln der Diktatur.
Auch in der Bundeshauptstadt Wien, wo derzeit noch
eine marxistische Mehrheit im Landtag ist, wird ein
streng roter Kurs verfolgt. Die Wiener sozialdemokra-
tischen Abgeordneten sprechen öffentlich nur vom „Roten
Wien“ und bei sozialdemokratischen Feierlichkeiten wer-
den auf den städtischen Gebäuden und in den Straßen
rote Fahnen gehisst.

Durch das ganze letzte Jahrzehnt hindurch haben die
Sozialdemokraten in Österreich das öffentliche Leben
bis zur Unvereinbarkeit politisiert. Durch politische
Streiks, durch Versammlungssprengungen und durch Ge-
fängnissterror in den Fabriken wurde die ruhige innere
Entwicklung andauernd unterbrochen. Die ungeheure
politische Aktivität der Sozialdemokraten, die auch vor
Religion, Familie, Armee, Schule und Gericht nicht Halt
machte, führte schließlich zur Revolte in Wien am
15. Juli 1927, in deren Verlauf der Justizpalast nieder-
gebrannt und eine Reihe nichtmarxistischer Redaktionen
verwüstet wurden und ein Generalstreik das gesamte
Wirtschaftsleben lähmte. — Nun kam der Umschwung.
Die Mehrheit der Bevölkerung begann zu erkennen, daß
ein durchgreifender Wiederaufbau Österreichs auf diese
Art nicht möglich ist. Was den nichtmarxistischen Par-
teien in derselben Zeitspanne an großen Fortschritten
gelang: Das Generale Sanierungswerk Österreichs, die
Schaffung einer festfundierten Währung, die Schöpfung
einer staatstreuen und vaterländisch gesinnten Wehr-
macht, die Erhöhung der Versammlungs- und Aus-
marschfreiheit für alle Staatsbürger ohne Unterschied, die
Eindämmung des Betriebssturzes, die Herstellung der
finanziellen Souveränität des Staates und die Verfas-
sungsreform — das alles konnte nur unter den schwersten
Kämpfen gegen das immer grundfeste „Nein“ der
Sozialdemokraten errungen werden.

Der im Frühjahr 1927 gewählte Nationalrat hat
wohl auf einigen Gebieten nennenswerte gescheiternde
Tätigkeit ausüben können, er konnte aber zur Lösung
der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme nicht vordrin-
gen. Waren auch die Sozialdemokraten durch die Er-
eignisse im Juli 1927 stark zurückgedrängt, so gelang es
ihnen doch wieder, dem weiteren Aufbau des Staates
wirkliche Hemmungen zu bereiten, sobald sie merkten,
daß in vitalen Fragen ihrer Machtposition wie beispiels-
weise in der Bundesbahnenfrage eine für sie vorteilhafte
Verschiebung eintrat. Seit dem Frühjahr dieses Jahres
war es bereits klar, daß der bisherige Nationalrat nicht
mehr befähigt war, die notwendigsten wirtschaftlichen
Gesetze zu beschließen. Da aber weder die notleidende

Das Urteil gegen die Ruhestörer

Sie sympathisieren mit den Nationalsozialisten

Berlin, 15. Oktober. Nach 2 Uhr früh wurde in dem Ver-
fahren gegen die Ruhestörer, denen auch die Demolierung der
Zensurabschüsse in der Leipziger Straße zur Last fällt, vor dem
Schnellgericht das Urteil gefällt.

Das Verfahren gegen zwei jugendliche Angeklagte ist ab-
getrennt und gegen einen anderen verlängt worden. Drei Ange-
klagte wurden freigesprochen und gegen einen anderen das
Verfahren eingestellt. Die übrigen elf Angeklagten erhielten
Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis herab zu zwei Wochen
und einer Geldstrafe von 100 RM.

In der vorhergehenden Vernehmung erklärten die meisten
Angeklagten, der Nationalsozialistischen Partei anzugehören
oder mit ihr zu sympathisieren. Damit ist klar erwiesen, daß
die Ausschreitungen vor dem Reichstag und in der Leipziger
Straße auf das Treiben nationalsozialistischer Elemente zu-
rückzuführen sind.

Die Gauleitung Berlin der nationalsozialistischen
Arbeiterpartei gibt ihrerseits eine Darstellung der
Vorwürfe, die mit der eigenartigen Mentalität wegen hier
folgen lassen wollen:

„Es ist Schuß der Polizei, daß überhaupt Zwischenfälle
bei der Eröffnung des Reichstages zu verzeihen gewesen
sind. In einem demokratischen Staat, in dem das Volk an-
geblich souverän ist, ist es das gute Recht des Wählers, das
Schauspiel einer Reichstagsöffnung wenigstens von der
Ferne zu beobachten. Schon das die Polizei die versammelte
Menschenmenge überhaupt wegtrieb, ist ein Beweis von
Gewalt und Nervosität.“

Die Ausschreitungen in der Innenstadt sind, wie durch
zahlreiche Augenzeugen bestätigt wird, das Werk kommuni-
nistischer Propagandisten. Durch diese Delikte soll den seit
Jahren in der Börsenprese fälschlich genährten Unruhestö-
rern um die NSDAP neue Nahrung zugeführt werden. Seit
Tagen schon liegen der Gauleitung positive Beweise dafür
vor, daß Angehörige der KPD durch solche Unruhestö-
rungen bei der Reichstagsöffnung das mächtige Anwachsen der
NSDAP verhindert haben.

Schon die Behauptung, daß die Polizei an den Zwischen-
fällen schuld sei, kennzeichnet den Charakter dieser Darstellung.
Ganz in der gleichen Weise haben bisher bei ähnlichen Zwischen-
fällen auch die Kommunisten argumentiert. Im übrigen
werden für uns nicht die Nachforschungen der nationalsozialisti-
schen Gauleitung maßgebend sein, denn ihre Freunde befinden
sich nun einmal in der Rolle der Angeklagten. Wir erwarten,
daß die zuständigen gerichtlichen Stellen sehr gründlich nach der
parteilichen Einstellung der Demonstranten forschen und
Klarheit darüber schaffen werden, aus welchen dunklen Winkeln
diese eigenartigen Methoden einer „neuen deutschen Politik“
sich verleiten.

In der heutigen Verhandlung ist nur ein Teil der bei den
Demonstrationen verhafteten Personen vor den Richter ge-
kommen. Das Verfahren gegen die anderen Demonstranten
wird unmittelbar folgen. Erst nach dem Abschluß des Gesamt-
verfahrens wird ein endgültiges Urteil über die ganze Ange-
legenheit möglich sein.

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhal-
tung und Wissen“.